

Kraufamer Zeitung.

Nr. 86.

Montag, den 14. April

1862.

Die „Kraufamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraufau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer vierspaltigen Zeitspalte für 10 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraufamer Zeitung“ (Großer Ring N. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Mantel. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

St. S. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 2. April d. J. dem Hauptcaissier des Wiener Verlagsamtes und Armen-Bezirksdirector zu Margarethen Paul Gaberl in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraufau, 14. April.

In Pariser officiellen Kreisen, schreibt man der „N. Dr. Z.“, zweifelt man nicht daran, daß der französische General Forencez zur Stunde in der Stadt Mexico ist und der Regierung des Präsidenten Juarez ein Ende gemacht hat. Von der Politik Englands in dieser Frage spricht man mit einer gewissen Geringschätzung: „England sei in diesem Augenblick nicht zu fürchten“, es werde Alles geschehen lassen; sein Schmolten sei ungefährlich. Das Spanische Cabinet müsse wohl oder übel mit Frankreich gehen.

Man liest in der Madrider „Correspondenz“: Die heute eingetroffenen Nachrichten lassen nicht den geringsten Zweifel über die vollkommene Uebereinstimmung, die zwischen Spanien und seinen Verbündeten hinsichtlich des in der mexicanischen Frage einzuhaltenden Weges herrscht. Es bedurfte nur einiger loyalen Erklärungen zwischen den contrabirenden Theilen, um sich gegenseitig über den Zweck und die geeigneten Mittel zu verständigen, von der mexicanischen Nation Genugthuung und Garantien zu erhalten, ohne ihre Souveränität und ihre Unabhängigkeit zu beeinträchtigen.

In der Unterhausung vom 11. d. brachten Woyner und Hennefy den Stand der Dinge in Italien zur Discussion und behaupteten, daß Raub und Mord dort an der Tagesordnung seien. Payard erklärte diese Schilderungen für falsch; Italien sei glücklicher als früher. (1) Gladstone, welcher Payard zustimmte, hält es für Englands Pflicht, Italien moralisch zu unterstützen. Lord Palmerston hält die weltliche Macht des Papstes für unhaltbar; es wäre im Interesse des Papstes, dieselbe möglichst bald aufzugeben. Das Schicksal des Papstes sei in den Händen des Kaisers der Franzosen. Verließen die französischen Truppen Rom, so wäre Italien bald vom Mittelmeere bis zum adriatischen Meere frei. Das Parlament ist bis zum 28. d. M. vertagt.

Die „Patrie“ vom 11. d. meldet, daß Marquis Lavalette in Privatangelegenheiten nach London gereist sei.

Aus Rom wird gemeldet, daß bereits 35 französische Prälaten dem päpstlichen Stuhle in officieller Weise ihre Absicht, seiner Einladung Folge zu leisten, kundgegeben hätten. Die französische Regierung dürste diese Privatmittheilung ignoriren; jetzt aber zeigt der Erzbischof von Toulouse seinem Sprengel in einem Rundschreiben an, daß er nach Rom reifen werde. Wir glauben zu wissen, daß er nicht um die Erlaubniß der Regierung gebeten hat, und sind daher begierig zu erfahren, ob die Regierungsblätter zu dieser Erklärung des Erzbischofs schweigen werden.

Was die von einigen Journalen gemeldete Einkehr des Kardinals Antonelli in die Bahn des gemäßigten und versöhnlichen Liberalismus betrifft, so bedarf dies einiger Erläuterung. Der Kardinal wird nie in die Unterdrückung der weltlichen Herrschaft willigen. Der Papst kann vertrieben werden, nie aber wird er in eine gewaltsame Verabreichung seiner Souveränität willigen. Aber wenn der Papst in eine Transaction wegen der unnectirten Provinzen sich einlasse, so würde sich ihm der Kardinal nicht widersetzen und es vorziehen, auf seinen Posten zu verzichten. Ebenso hätte er nichts dagegen, wenn der Papst seinen Unterthanen die Constitution von 1848 zurückgäbe. Antonelli würde ihm auch fernerhin dienen, wie bisher.

Das Pays meldet, daß neue französische Truppen für die abzurufen nach Rom gehen sollen, und darunter, wie schon italienische Blätter gemeldet, ein Regiment Chasseurs d'Afrique zur speziellen Ueberwachung der Grenzen.

Das „Journal de St. Petersburg“ vom 11. d. spricht sich billigend über den Beschluß der französischen Regierung gegenüber dem Erzbischof von Toulouse aus und bemerkt hiebei, die religiöse Toleranz sei der Ruhm unserer Zeit, Fanatismus eine Versündigung gegen die Moral. Wir bemerken übrigens, daß dieses Kirchenfest alljährlich gefeiert wird. Als 1848 die republikanischen Behörden die Feier dieser traurigen Begebenheit untersagen wollten, gerieth die ganze Bevölkerung in Aufruhr, Tausende stürzten die Mauern der Kirchen nieder, durch die Straßen, und die Behörden ließen die Procession dann mit ganz besonderer Pracht veranstalten, um nur die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. Vermohte der Prälat von Narbonne, die Feier des blutigen Tages nicht in der Stille abzuschaffen so war doch die erzbischofliche Aufforderung zu ein Säcularfest überflüssig.

Eine Turiner Depesche vom 11. d. meldet gerücheweise, daß die Regierung dem mit den österreichischen Angelegenheiten betrauten preussischen Gesandten bezüglich bourbonischer Einschiffungen in Triest (?) nach Neapel lebhaft Vorstellungen gemacht habe.

Die griechischen Unruhen erregen, wie das Pays sagt, den Engländern Besorgnisse für ihre jonischen Besitzungen. Der größere Theil ihres Mittelmeer-Geschwaders sei dorthin abgedrängt worden. In Malta sei nur der „Neptun“ zurückgeblieben.

Die Bewegung in Griechenland findet ihren Nachhall auf den jonischen Inseln. Wie aus Corfu, 8. April, berichtet wird, erwiderte die geschehene Versammlung die Eröffnungsrede des Lord-Ober-Commissärs mit einer Adresse, worin erklärt wird, die Vereinigung der jonischen Inseln mit Griechenland sei das einzige Mittel, deren Zustände zu verbessern. Der Lord-Ober-Commissär ermahnte, die Befreiungsfrage nicht zu erörtern; England habe mit dem Protectorate nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten übernommen.

Nach dem „N. U.“ hat die Pforte in den letzten Tagen an die Commandanten der längs der serbischen Grenze concentrirten Truppen den Auftrag ertheilt, sich bereit in Kriegsbereitschaft zu setzen, um auf den ersten Befehl gegen Serbien vorzürücken und das Land auf mehreren Punkten angreifen zu können. Thatsache ist

es, daß sämtliche Consuls von dieser Kunde im Privatwege Nachricht erhielten. Man schließt daraus, daß nächstens ein Ultimatum der Pforte der serbischen Regierung zukommen dürfte.

Der Englische Consul in Belgrad beklagte sich wie es heißt bei dem Fürsten Michael über die Armirung der Nationalgarde, als einen feindseligen Act gegen die Türkei. Der Fürst antwortete ihm, die von der Pforte bestätigte Constitution von 1839 ermächtigte zur Organisation dieser Garde, die jetzt ein Mittel der Sparsamkeit sei, weil diese kritische Maßregel erlaube, 15,000 Soldaten zu verabschieden.

Wie aus London gemeldet wird, ist die Unterzeichnung auf das ägyptische Anlehen von 1,800,000 Pf. St. am 8. d. geschlossen worden. Die gezeichnete Summe beläuft sich auf 10 Mill. Pf. St.

Einem Madrider Telegramm vom 8. April zufolge hat die maroffanische Regierung in Tanger mit der Auszahlung der Summen, welche sie Spanien schuldet, begonnen.

Die „Discussion“ hält die baldige Unterzeichnung eines Handelsvertrages zwischen der Türkei und Spanien für wahrscheinlich.

Der „Moniteur de la Flotte“ resumirt in einem längeren Artikel die verschiedenen Eindrücke, welche der Kampf des „Monitor“ mit dem „Merrimac“ überall, besonders aber in England, hervorgerufen hat. Das französische Blatt sieht darin allerdings eine Modification in dem bisherigen System der Kriegsführung zur See, doch sei sie nicht der Art, um in aller Eile und unwiderstlich die hölzernen Kriegsschiffe zu verdammen. Man möge sich nur eine Artillerie denken, die im Stande sei, die Eisenpanzer zu durchbohren, und es werde mit der Unverwundbarkeit sofort der ganze Zauber schwinden. Die Artillerie habe aber ihr letztes Wort noch nicht gesprochen.

Dies scheint nun der Fall zu sein. Die „Times“ berichtet nämlich über neue Experimente, welche ganz entgegengesetzte Resultate, als das Zusammentreffen jener beiden Eisenschiffe zu Tage förderten. Es sind nämlich am 8. d. in Shoeburyness Versuche mit einer neuen Kanone großen Kalibers angestellt und mit derselben die allerstärksten bisher fabricirten Eisenplatten so leicht durchlöchert worden, als wären sie bloßes Holz gewesen. Dieses Wunder wird durch nicht gezogene Kanonen großer Kalibers bezweckt. Schon während früherer Experimente im Gange waren, hatte man die Beobachtung gemacht, daß der altmodische 68-Pfünder den Eisenplatten der Zielscheibe gefählicher sei, als die neue Armstrongsche gezogene 110-Pfünderige Kanone. Woher kam dies? Weil jene eine stärkere anfängliche Geschwindigkeit ihres Geschosses, vermöge ihrer größeren Pulverladung erzielte. Diese in der Theorie als richtig anerkannte Thatsache hat sich nun in der Praxis vollständig bewährt. Sir William Armstrong stellte der Regierung eine nach seinem Principe angefertigte Kanone von 14 Fuß Länge und 240 Ctr. Schwere zur Verfügung, einen 300-Pfünder, dessen Rohr jedoch noch nicht gezogen war, und der in diesem Zustande Hohlkugeln von 156 Pfund abfeuern konnte. Mit diesem Geschosse wurde in Gegenwart des Herzogs v. Cambridge, des Marineministers und vieler anderer hochgestellter Officiere auf die bisher undurchdringliche

Section des „Warrior“ gefeuert, und siehe da, beim ersten Schuß daraus zerschnitterte die 156 Pfd. schwere Stückkugel, bei einer Pulverladung von 40 Pfund, auf eine Distanz von 600 Fuß, die von ihr getroffene 4 1/2 zöllige Eisenplatte in endlose Trümmer, zerschnitterte desgleichen die unterliegende 12 Zoll starke Fütterung aus Teakholz und wurde erst durch die innerste 1 Zoll dicke Eisenbekleidung in ihrem zerstörenden Fluge aufgehalten. Das geschah bei einer Pulverladung von 40 Pfd., als man dieselbe auf 50 Pfd. gesteigert hatte, schlug die Kugel durch alle Eisen- und Holzlagen bis tief hinein in die Mauer aus Granit, welche der Zielscheibe zur Stütze und Lehne diente. Jede der später abgefeuerten Kugeln that ein Gleiches, es war somit zur Evidenz erwiesen, daß der „Warrior“, von einer derartigen Kugel in solcher Distanz unter der Wasserlinie getroffen, unrettbar verloren sei, und daß, da der „Warrior“ von allen bisher in Europa oder Amerika gebauten Schiffen unstreitig die stärksten Platten trägt, die Artillerie, d. h. die Offensivwaffe, vorerst das Uebergewicht über den defensiven Eisenpanzer besitze, somit die Theorie von „Monitor“, „Merrimac“ und unverwundbaren Schiffen überhaupt, kaum aufgetaucht, auch schon über den Haufen geworfen sei.

Kraufau, 3. April.

Se. Heiligkeit der Papst hat, wie die „Donau-Ztg.“ meldet, an den Erzbischof von Lemberg, Herrn von Wierzejski ein Schreiben gerichtet, in welchem er das Vorgehen des Letzteren gegenüber den kirchlichen Demonstrationen in Galizien, dann sein Benehmen gegenüber der ihn von der Erlassung des bekannten Hirtenbriefes abmahrenden Lemberger Deputation vollständig gut heißt.

Verhandlungen des Reichsrathes.

(Sitzung des Herrenhauses) vom 11. d.

Die dritte Lesung des Beschlusses über den Reichenschaftsbericht des Finanzministers wurde vorgenommen. Sodann begann die Generaldebatte über das Gesetz betreffend die Bergwerksfrohe. Die Commission beantragt, daß der Entwurf vollständig in der vom Abgeordnetenhaus mitgetheilten Fassung angenommen werde. Fürst Salm spricht gegen den Titel des Gesetzes „giltig für das ganze Reich“ gegen den Termin des Beginnes, gegen die Freischnursteuer und gegen das Offenlassen des Steuerpercentages. Graf Leo Thun bedenklich; derselbe anerkennt factisch den Dualismus. Finanzminister von Plener vertheidigt den materiellen Theil des Antrages des Abgeordnetenhauses. Fürst Salm und Graf Leo Thun sprechen gegen die en bloc-Aannahme und verlangen die Specialdebatte. Bei der Abstimmung wird der Commissionsantrag vollständig angenommen. Graf Kuffstein beantragt hierauf die alsogleiche dritte Lesung. Einige Mitglieder, darunter Fürst Salm, Graf Leo Thun, Graf Czernin, verlassen den Saal. Der Präsident forderte dieselben auf, da zu bleiben, weil sonst das Haus be-

Fenilleton.

Die Hinrichtung des Cap. Gordon.

Aus New-York, 21. Februar.

Heute ist zum erstenmal seit achtzig Jahren das Gesetz, welches die Einfuhr von Negerclaven in die vereinigten Staaten mit Todesstrafe bedroht, zur Anwendung gekommen. An mancherlei Processen gegen Schiffscapitäne oder solche, die bei diesem infamen Menschenhandel hilfreiche Hand geleistet, hat es während jener langen Zeit nicht gemangelt, allein die einzelnen Staaten haben es immer verstanden, dem fremden Gesetze die Spitze abzubrechen. Gewöhnlich wurden die Angeklagten freigesprochen, oder man wußte mildernde Umstände aufzufinden, in Folge deren dann die Jury eine leichte Strafe verhängte. War es aber durchaus unmöglich, anders als auf Todesstrafe zu erkennen, so wurde, und nie vergebens, die Gnade des Präsidenten der vereinigten Staaten angerufen. Das Gesetz war mithin ein todtter Buchstabe.

Diesmal hat die Sache einen anderen Verlauf genommen, und wie zahlreich und nachdrücklich unterstützt auch die Gnadengesuche gewesen, der Präsident ist unerschütterlich geblieben, und hat der Gerechtigkeit freien Lauf gelassen. Der Präsident verstand sich nur dazu,

die Vollstreckung des Urtheiles vierzehn Tage hinauszuschieben, um dem Verurtheilten Zeit zur Ordnung seiner Angelegenheiten zu lassen; aber er ließ demselben zugleich ankündigen, daß er weder auf Gnade, noch auf eine Verlängerung der Frist hoffen dürfte.

Der Capitän Nathaniel Gordon ist in Portland, im Staate Maine, geboren. Maine und Massachusetts sind die abolitionistischen Staaten der Union, aber, seltsam genug, auch diejenigen, welche den schmachvollen Ruf genießen, die meisten Schiffe im Negerhandel zu beschäftigen. Gordon ist 25 Jahre alt, und begann seine Seemanns-Carriere als Schiffsjunge. Er ist mit einer vortheilhaften Frau verheirathet, die alles gethan hat, um ihren Gatten zu retten. Derselbe hat 4 Reisen nach Africa gemacht. Zwei glücken vollkommen, er konnte seine Negerladung auf der Insel Cuba landen und vortheilhaft verkaufen. Seine dritte Fahrt lief weniger glücklich ab, er war genöthigt, seine Neger in Brasilien ans Land zu setzen, wo der Negerhandel überhaupt verboten ist. Die vierte und letzte Reise machte Capitän Gordon auf dem „Erie“, welcher an der Mündung des Congoflusses von dem „Mohican“, einer Kriegschaluppe der vereinigten Staaten, die an der africanischen Küste kreuzte, genommen wurde. Capitän Gordon wurde mit seiner ganzen Mannschaft zu Gefangenen gemacht. An Bord des „Erie“ fand man 967 Neger, Männer, Weiber und Kinder.

Ein Midshipmann führte die Pflanz nach Monrovia, der Hauptstadt der kleinen Republik Liberia, um die unglücklichen Schwarzen dort ans Land zu setzen; doch 300 von ihnen starben auf dem Wege dorthin und das Meer wurde ihr Grab. Die übrigen wurden in Monrovia ausgeschifft und der Fürsorge des dortigen Agenten der vereinigten Staaten übergeben, der sie in Freiheit setzte.

Capitän Gordon und seine beiden Schiffslieutenants wurden auf dem „Erie“, dessen Mannschaft auf dem „Mohican“ Dienste genommen hatten, nach Newyork gebracht. Inzwischen aber war der Aufstand der Südstaaten ausgebrochen und der Midshipman, der den „Erie“ befehligte, ein geborener Südcarolinier, ergriff die Partei der Sonderbündler und floh mit seiner Mannschaft auf dem „Erie“ davon. Die Regierung verlor dadurch die nöthigen Zeugen, um Gordon verurtheilen zu lassen. Dieser wußte aber nicht, sich wegen Beweismangel unfehlbar würde freigesprochen haben, erhob er gegen deren Berufung den Einwand eines Formfehlers. Die Regierung ging hierauf mit Freunden ein und der Proceß wurde auf eine andere Sitzungsperiode verschoben. Unterdessen berief der Marine-Secretär die Kreuzer von der africanischen Küste zurück, um sie gegen die Rebellen zu verwenden. Den Nachforschungen der Justiz gelang es, auf

einem dieser Kriegsschiffe vier Matrosen ausfindig zu machen, welche zur Mannschaft des „Erie“ gehört hatten und diese willigten ein, gegen ihren früheren Capitän als Zeugen aufzutreten. Auf diese Weise gelang es, von der folgenden Jury ein „Schuldig“ gegen Gordon zu erhalten und derselbe wurde in Folge dessen verurtheilt, den 7. d. Mts. gehängt zu werden. Doch bewilligte ihm der Präsident Lincoln die bereits erwähnte Frist von 14 Tagen, welche heute abgelaufen ist.

Diese Frist ist von der Frau, den Vertheidigern und Freunden des Verurtheilten aufs beste benutzt worden. Es wurde von ihnen bei dem obersten Gerichtshof der vereinigten Staaten, der seinen Sitz in Washington hat, der Einwand eines Formfehlers gegen das Verfahren erhoben. Als diese Nichtigkeitsbeschwerde verworfen wurde, wandten sie sich an das Criminalgericht von Newyork und suchten geltend zu machen, daß die Gesetze nur Landesverrath und Mord an dem Präsidenten mit Todesstrafe bedrohen. Aber auch dieser Versuch scheiterte. Der Richter führte dagegen aus, daß es sich in dem vorliegenden Falle um die Anwendung eines Bundesgesetzes und nicht des Gesetzes eines einzelnen Staates handle. Andere Versuche, so wie wiederholte Fürbitten bei dem Präsidenten, hatten keinen besseren Erfolg. „Es muß ein Beispiel gegeben werden“, entgegnete Lincoln.

Gestern hatte Gordon Mutter, Frau und Kind

schlußfähig würde. Leo Thun entgegnet: wenn nicht nach der Geschäftsordnung vorgegangen wird, kann jeder seine Wege gehen. Hierauf wird die Sitzung wegen Mangels der beschlußfähigen Mitgliederzahl geschlossen. Morgen Sitzung: Dritte Lesung des Bergwerfrohngesetzes, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

[Sitzung des Herrenhauses am 12. April.] Die Sitzung wird unter dem Vorsitze Sr. Durchlaucht des Fürsten Karl Auersperg um 11 1/2 Uhr eröffnet.

Auf der Ministerbank die Herren: Graf Rechberg, v. Plener, v. Lasser, Graf Degenfeld.

Graf Leo Thun: Ich habe an den Herrn Präsidenten die Bitte gestellt, folgende Zuschrift, welche unterzeichnet ist von mir, dem Fürsten Hugo Salm und dem Grafen Czernin als eine an das h. Haus gerichtete Entschuldigung unserer Nichttheilnahme an der dritten Lesung des Gesetzes über die Bergwerfrohne als Einlauf an das h. Haus anzunehmen.

Die Schrift lautet: (liest) „Das hohe Haus hatte in der gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Bergwerfrohne ein bloc angenommen, ehe derselbe auch nur verlesen war, und ohne eine Specialdebatte über dessen einzelne Paragraphen zu gestatten. Nach unserer Ansicht ist dieser Vorgang so geschäftsordnungswidrig und so bedenklich, daß wir uns genöthigt sahen, uns jeder Theilnahme an der weiteren Behandlung eines in solcher Weise gefaßten Beschlusses zu enthalten.“

Se. Durchlaucht hat erklärt, daß diese Schrift zwar nicht angenommen werden könne, daß es mir aber freistehe, bevor der Gegenstand heute wieder zur Verhandlung kommen wird, diese Bemerkungen dem h. Hause vorzutragen. Ich habe mir diese Freiheit genommen und habe nichts weiter beizusetzen. Ich bedauere, daß ich meigstheils dadurch, daß ich gestern nach demselben Grundsatz gehandelt habe, das h. Haus in die unangenehme Lage versetzte, nicht beschlußfähig zu sein, und deshalb sich heute zu einer neuen Sitzung versammeln zu müssen. Es war das nicht in meiner Absicht gelegen, obwohl ich allerdings nicht in Abrede stellen kann, daß ich gewünscht habe, daß möglicherweise diese Folge aus meinem Schritte hervorgeht.

Ich habe dem ungeachtet diesen Schritt gethan, weil es mir in der That scheint, daß die Annahme von Gesetzen ein bloc höchst bedenklicher Vorgang, daß sie mit den Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht vereinbar sei und daß sie den eigentlichen Zweck, nämlich den einer gründlichen Berathung namentlich in dem Falle, wo von verschiedenen Seiten bereits der Wunsch nach der Specialdebatte der einzelnen Paragraphen gestellt worden ist, vertritt.

Ich kann mich auch heute von dieser Ueberzeugung nicht trennen und sehe mich daher in der mir peinlichen Lage, dem h. Hause zu erklären, daß ich auch heute an der dritten Lesung dieses Gegenstandes theilzunehmen mich nicht in der Lage finde, mich dabei der Abstimmung enthalten muß und ebenso in künftigen Fällen, wenn das hohe Haus beschließen sollte, Gesetzentwürfe ein bloc anzunehmen und die Specialdebatte, wenn sie verlangt wird, nicht zu gewähren, ich mich wieder in der Lage befinden würde, an der Abstimmung nicht Theil zu nehmen, weil ich unter diesen Umständen weder mit „Ja“ noch mit „Nein“ zu stimmen in der Lage bin.

Graf Czernin schließt sich dieser Erklärung an. Präsident entrectfertig unter Beifall des Hauses sein Verahren.

„Der Antrag der Finanzcommission“, sagte er, „wurde bestimmt gestellt und lautete auf vollständige, oder was dasselbe ausdrückt, auf Annahme ein bloc.“ Wollten die Herren, fuhr er fort, Zusätze machen, so mußten sie ihren Wunsch während der Generaldebatte kundgeben. Die Beurtheilung der Tragweite eines Antrages ist jedenfalls Sache des Präsidenten und nach §. 36 der Geschäftsordnung ist der Präsident verpflichtet, die Anträge genau in derselben Fassung zur Abstimmung zu bringen, wie sie zur Vorlage kommen. Es gibt verschiedene Deutungen der einzelnen Absätze der Geschäftsordnung, er wisse das, und eine solche Verschiedenheit der Auffassung ließen alle Gesetze der Erde zu, was er aber bedauerlich finde sei der Umstand, daß die Absicht, die tadelnswürdige Haltung des Präsidenten zu markiren, zur Beschlußfähigkeit des Hauses geführt habe.

Graf Thun erhob sich abermals, um gegen die ihm unterlegte Absicht zu protestiren.

Nach ihm verlangte Cardinal Fürst Friedrich Schwarzenberg das Wort und kündigte der Versammlung an, daß eine gegen die im Religionsedict beschlossene Trennung von Schule und Kirche gerichtete Adresse der Lehrer des seiner Diocese unterstehenden Districtes Brandeis eingelangt sei. Als er hierauf noch ein Wort über die Controverse zwischen dem Grafen Thun und dem Präsidenten beifügen wollte, ersuchte der Präsident diese Sache, die er als abgethan betrachte auf sich beruhigen zu lassen. Hiermit war de. von der letzten auf die heutige Sitzung übergangene Controversepunkt erschöpft.

Bei der hierauf erfolgenden 3. Lesung des Bergwerfrohngesetzes verlassen Thun und Czernin ihre Plätze und ziehen sich in eine Fensternische zurück, wohin ihnen vom Saalbediener Sessel nachgetragen werden. Das Gesetz wird hierauf in dritter Lesung angenommen. Thun und Czernin kehren auf ihre Plätze zurück.

Es folgt die erste Lesung über die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Änderungen an dem Gesetze über die persönliche Freiheit, über das Brief- und Schriftengeheimniß. Das Gesetz über die persönliche Freiheit wird der juristischen Commission, die Gesetze über das Brief- und Schriftengeheimniß der politischen Commission zugewiesen.

Das Haus vertagt sich vorläufig bis Ende dieses Monats. Schluß der Sitzung 12 Uhr 10 Minuten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. April.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben aus Gnade mit Allerhöchster Entschliesung vom 9. April d. J. den Beamten und Dienern der aufgelösten k. k. Verwaltungs- Gerichts- und Urbairialgerichtsbehörden des Großfürstenthumes Siebenbürgen die Verlängerung der ihnen bisher zugestandenen Begünstigungszeit bis zum 1. Mai 1863 allergnädigst zu gewähren geruht.

Ihre Maj. die Kaiserin Maria Anna haben zur Herstellung der Kirchenglocken in Trautau, welche bei dem Brande am 27. Mai v. J. geschmolzen sind, einen Beitrag von 800 fl. gnädigst zu spenden geruht. Der Trautauer Stadtrath hat beschlossen, daß die 4 Glocken, welche die Kirche erhalten wird, den Namen „Drei-Kaiserinnen-Glocken“ erhalten und demgemäß auch mit den entsprechenden Aufschriften und Bildnissen versehen werden sollen.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Franz Karl ist von Artstetten wieder angekommen.

Die Frau Herzogin von Parma ist gestern Abends in Begleitung des Herzog Robert aus der Schweiz hier eingetroffen und heute Morgen mit dem Schnellzuge der Südbahn nach Venedig abgereist. — Wie verlautet, werden auch der Herzog von Modena und der Großherzog von Toscana zu Osn zu einer gemeinschaftlichen Berathung in Venedig sich einfinden. Letzterer wird gleichzeitig mit Sr. Maj. dem Kaiser dahin reisen.

Die Abreise des königl. preussischen Gesandten in Wien, Baron Werther, wurde bekanntlich mit einem bevorstehenden Wechsel in der Person des preussischen Vertreters am österreichischen Hofe in Zusammenhang gebracht. Wir können jedoch, schreibt die „S. E.“, bestimmt versichern, daß die Abreise des Baron Werther, in dessen Begleitung sich der militärische Attaché der preussischen Gesandtschaft Graf Schwerin befindet, durch die Wendung bedingt wurde, welche die deutsche Bundesreformfrage genommen hat.

Die acht preussischen Officiere, welche hier verweilen, um die Militär-Einrichtung in Oesterreich kennen zu lernen, hatten heute Abschieds-Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser und werden mit dem Abendzuge der Nordbahn nach Berlin zurückkehren.

Das Befinden des Herrn Staatsministers Ritter v. Schmerling hat sich auch gestern wieder gebessert. Täglich erscheint ein Kaiser. Adjutant bei dem Herrn Minister, um sich im Auftrage Sr. Majestät über das Befinden desselben zu erkundigen.

Der Herr Justizminister Frhr. von Prato bevera wird übermorgen den Landaufenthalt zu Maria En-

zersdorf nehmen, und später eine Erholungsreise nach Salzburg machen.

Der Banus FML. Freiherr v. Sokcevic ist heute von Ugram in Wien angekommen und hatte Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser.

Dr. Karl Heinrich Fischer, Reichsrathsabgeordneter und Präsident der Prager Advocatenkammer, ist gestern im Alter von 62 Jahren hier verstorben. In dem Jahre 1848 bekleidete er die Decanwürde an der hiesigen juristischen Facultät. Vor einigen Jahren wurde er mit dem Franz Josephs-Orde ausgezeichnet. Der böhmischen wechselseitigen Brandschadenversicherungsgesellschaft stand er seit einer langen Reihe von Jahren als Kanzleidirector vor. Seine Leiche wird zur Beerdigung nach Prag überführt werden.

In dem Befinden des verdienstvollen jungen Gelehrten Julius Feisalik, dessen Erkrankung wir gemeldet haben, ist bis jetzt eine anhaltendere Besserung nicht eingetreten.

Das Urtheil des Landesgerichts gegen den Redacteur des hier erscheinenden polnischen Blattes „Postep“ Hr. Ritter v. Dsieccki (sechs Monate Kerker verurtheilt mit Faßten, Verlust des Adels und Geldbuße von 50 fl.) wurde vom Obergerichte in allen seinen Theilen bestätigt. Hr. v. Dsieccki beabsichtigt um eine außerordentliche Revision seines Processes anzuschuchen.

Die „Ungarischen Nachrichten“, welche an die Stelle der eingegangenen „Pest-Dnzer-Zeitung“ getreten sind, bringen heute die Erklärung, daß sie sich wohl gleich von Anfang an gang unabhängig gestellt hätten, jetzt aber aus Erfahrung wüßten, daß ihre Anschauungen von denen der Regierung wesentlich abwichen.

Der „Const. Dest. Ztg.“ wird aus Triest vom 9. geschrieben, daß die Suezcanal-Anglegenheit, so weit Triest dabei theilhaftig ist, nicht den erfreulichsten Fortgang nimmt. Bekanntlich hatte das Municipium eine eigene Commission nach Suez geschickt, um sich über die Sachlage gründlich zu unterrichten. Dagegen nun die schleunige Vollendung des Canals von günstiger Wirkung speciell für Triest sein muß, scheiterten dennoch die Bemühungen Herrn v. Lespess, die betrreffenden Actien unterzubringen, und Herr von Revolletta sucht nun den für die Sache im entscheidenden Augenblicke schwach gewordenen Eifer durch die Triester Presse neu zu beleben. Auffallend bleibt es, daß der Stadtrath von den beiden Berichten der Herren Sorzi und Revolletta über den Suezcanal nur den ersteren der Drucklegung würdig befunden hat.

Deutschland.

Die Unterhandlungen zwischen Preußen und Bremen in Bezug auf Küstenschutz sind formell noch nicht als abgebrochen anzusehen, ruhen aber zur Zeit. Entscheidend für dieselben dürfte das Gutachten der Bundes-Commission sein, welche in Hamburg der Küstenbefestigung wegen zusammengetreten ist. Desterreich ordnet dazu den Generalmajor v. Ruff, Hannover den General Müller, Oldenburg den Artillerie-Hauptmann Becker ab.

Die „Sternztg.“ veröffentlicht den Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Preußen und Paraguay (I), und gleichzeitig bringen die „Hamb. Nachr.“ nach dem noch unter der Presse befindlichen Aprilheft des von Professor Legidi redigirten „Staats-Archiv“ die preussische Denkschrift von 21. Februar 1862, welche dazu bestimmt war, die in der identischen Note vom 2. Februar 1862 aufgestellten politischen und bündelrechtlichen Ansichten zu beleuchten und nichts als eine Menge großentheils ungegründeter Vorwürfe gegen Desterreich enthält. Unter anderm wird darin besonderer Nachdruck auf den Umstand gelegt, daß Desterreich allen Reformbestrebungen Preußens in der deutschen Frage hindernd in den Weg trete.

Die „Allg. Pr. Ztg.“ hebt ebenfalls in einer officiösen Note wiederholt empor, daß der von dem Minister des Innern ausgegangene Erlaß vom 22. v. M. die Wahlbarkeit der Beamten an sich nicht beschränkt, sondern nur die Theilnahme an Wahl-Agitationen in einem der Regierung feindlichen Sinne mit der Stellung der Beamten für unvereinbar erklärt. Wenn es einer nochmaligen Hinweisung hierauf bedarf, so liege der Grund nicht in den Worten des Erlasses, sondern nur in den tendenziösen Auslegungen, welche sie in einem Theile der Presse gefunden haben.

Londoner Reise-Routen.

Im Hinblick auf den zu erwartenden zahlreichen Besuch der Weltausstellung zu London von Seite der österreichischen Industriellen, bringen die „N. N.“ folgende Mittheilungen, welche die Wahl der Route für Hin- und Rückreise je nach Zeitbedarf und Kostenaufwand zu erleichtern vermögen.

Die absolut kürzeste Route führt über Salzburg, Straßburg, Paris, Calais und Dover. Mit dem Schnellzuge, welcher Wien um 4 Uhr Nachmittag verläßt, wird Paris in 37 Stunden erreicht; tritt keine Verpätung dieses Zuges ein, so kann jener Pariser Schnellzug benützt werden, welcher die Reisenden mit Einrechnung der Seefahrt und des Expresszuges von Dover aus in 8-10 Stunden nach London befördert. Auf solche Weise kann unter günstigen Umständen der ganze Weg von Wien bis London (ohne Aufenthalt) in 45-48 Stunden zurückgelegt werden. Die Reise-Auslagen betragen, ungerchnet die Verpflegung, bei 85 fl. in Silber, wenn die II. Wagenklasse auf den Eisenbahnen, die I. Klasse auf dem Dampfschiffe benützt wird.

Werden auf derselben Linie die gewöhnlichen Personenzüge benützt, dann wird die Fahrzeit bis Paris auf mehr als das Doppelte (76 Stunden) gesteigert; die fast regelmäßigen Verpätungen, der Aufenthalt in Paris, die Fahrt nach Calais, die Verzögerung der

Wie die „N. N.“ vernimmt, hat der Intendantur-Assistent Kähler ein umfassendes Geständniß abgelegt über die verbrecherische Mittheilung (an die „Postische Zeitung“) des bekannten Schreibens des Finanzministers. Es ist auf Grund desselben noch gegen zwei andere Beamte aus dem Ressort des Kriegsministeriums die Disciplinar-Untersuchung unter sofortiger Suspension vom Amte eingeleitet worden.

Der „N. Frankf. Ztg.“ dagegen schreibt man aus Berlin, daß am 8. April ein Rath des Finanzministeriums auf den Verdacht hin, daß er den Brief des Ministers an die Zeitung gefandt habe, verhaftet worden sei. Noch ein anderer höherer Beamter desselben Ministeriums soll 2 Stunden in den Bureau des Ministeriums in Haft gehalten, dann aber wieder entlassen worden sein. Im Kriegsministerium hat gar keine Untersuchung stattgefunden. Herr v. Roon scheint sich indessen bei der ganzen Sache nicht sehr beglücklich zu fühlen. Nach der „Deutschen Wg. Ztg.“ hätte er seine Entlassung erbeten, aber nicht erhalten; auch auf Abdruck seiner Antwort an Herrn v. d. Heydt in der „Sternzeitung“ soll er bestanden haben. Daß letzteres Actenstück nicht in die Öffentlichkeit gelangte, können wir nur bedauern; es dürfte manche Lehreiche und für die Beurtheilung der „neuesten Aera“ wichtige Aufschlüsse gegeben haben.

Die B. B. Z. berichtet, der Intendantur-Secretär Kähler sei sofort verhaftet, auf Verfügung des Justizministers jedoch wieder entlassen worden, „weil nur ein Disciplinarvergehen vorliege.“

Der „Post. Ztg.“ wird aus Bromberg, 10. April geschrieben: Mit der Genehmigung des Erzbischofs v. Praglast in Posen hat der Buchhändler Lange in Gnesen kürzlich eine dritte Auflage des v. Duninischen katholischen Gebetbuches veranstaltet, in welchem in den für Rußisch-Polen und Galizien bestimmten Exemplaren das Gebet für das polnische Vaterland weggelassen und dafür ein Gebet für die Herrscher der gedachten Länder eingerückt ist, während sich ein solches Gebet für Se. Maj. unsern König in den für das Inland bestimmten Exemplaren nicht befindet. In Folge dessen hat, wie ich höre, die hiesige königliche Regierung den Landrath des Gnesener Kreises beauftragt, den Zusammenhang dieser auffallenden Thatsache zu ermitteln und darüber zu berichten.

In München sind am 9. d. die sehr umfangreichen Actenstücke, in Sachen des Handelsvertrages mit Frankreich durch die königl. Preussische Gesandtschaft übergeben worden. Dieselben werden vervielfältigt, um zur Mittheilung an die Handelskammern zu dienen. Die k. Staatsregierung will vor allem dieselben mit ihrem Gutachten vernehmen.

Der König von Sachsen hat den beiden politischen Flüchtlingen, Schullehrer Thieme aus Mylau, welcher an den Mai-Ereignissen im Jahre 1849 sich theilhaftig hatte, und Schwarfrichtereibischer Herrmann aus Baulen, welcher wegen Hochverraths verurtheilt worden war, die straffreie Rückkehr bewilligt.

Se. Hoheit der Herzog Bernhard von Weimar ist leider nicht unbedeutend erkrankt.

Frankreich.

Paris, 10. April. In der gestrigen Senatsitzung erstattete der Kaiser Bericht über eine Petition von mehr als 600 Einwohnern der Insel Reunion, welche dieser Kolonie die Regierungsformen des Mutterlandes gegeben wissen wollen und namentlich auf ein Pressegesetz, auf directe und allgemeine Wahl der Municipal- und Generalräthe, auf Geschworenengerichte in Kriminalsachen, auf Zulassung der Cassationsgesuche und auf Vertretung in gesetzgebenden Körper Frankreichs antragen. Nachdem Hubert Deuille für und Barbarou gegen diese Anträge gesprochen, ging der Senat, dem Antrage der Commission gemäß, zur Tagesordnung über und setzte seine Sitzungen bis zum Freitag nach dem Osterfeste aus. — Herr Baudouin, Expräsident des Generalraths der Vinzenzvereine, läßt in dem „Siecle“ einen an den Minister des Innern gerichteten Brief veröffentlichen, worin er in Bezug auf die in dem ministeriellen Rundschreiben vom 5. April d. J. gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erklärt: daß sein (zuerst von der „Perseveranza“ veröffentlichtes) Schreiben sich ausschließlich auf die außerhalb Frankreichs bestehenden Vinzenzvereine bezogen habe auf welche die fragliche Bestimmung des Rundschreibens vom 16. Oktober v. J. nicht anwendbar sei;

zum letzten Male gesprochen. Seine Festigkeit verließ ihn nicht, sein Auge blieb trocken, während alle anderen und selbst die der Fremden in Thränen schwammen. Doch war seine innere Bewegung darum nicht minder tief; aber er beherrschte sich. Er betet sein Weid an.

Heute Morgens um 3 Uhr hörte man ein Schmerzensgeschrei in der Zelle des Verurtheilten. Man fand denselben in schrecklichen Convulsionen auf seinem Bette. Er hatte sich mit Strychnin, das in einer Cigarre versteckt gewesen, vergiftet. Die Aerzte wurden eilig gerufen. Sie wandten die Magenpumpe an, überzeugten sich aber bald, daß das seine Gift den Organismus bereits zu sehr angegriffen hatte, um die Wirkungen noch neutralisiren zu können. Man suchte deshalb nur noch das Leben des Unglücklichen bis zur Zeit der Hinrichtung zu verlängern, welche um 2 Uhr stattfinden sollte. Dies gelang nur durch Anwendung nervenreizender Mittel. Branntwein allein linderte die Schmerzen des Verurtheilten und er erhielt ihn aufrecht. Indessen befürchtete man, daß derselbe doch nicht bis 2 Uhr am Leben erhalten werden könnte, und so wurde beschlossen, mit der Hinrichtung nicht länger als bis 12 Uhr zu zögern.

Ein ganz neuer Galgen war auf dem inneren Gefängnißhofe errichtet worden. Außer den Beamten und den 12 durch das Gesetz vorgeschriebenen Zeugen wurde der Zutritt nur den ausdrücklich eingeladenen Personen gestattet, deren etwa Hundert sein mochten.

Der Verurtheilte mußte auf die Richtstätte getragen und unterstützt werden, während man ihm den Strick um den Hals legte. Doch in diesem schrecklichen Augenblicke fand er die ursprüngliche Energie seines Charakters wieder, und als man ihn fragte, ob er noch etwas zu sagen habe, richtete er sich auf und sprach mit fester Stimme folgende Worte:

„Ich habe noch etwas zu sagen. Ich sterbe mit der Ueberzeugung, abschließend nichts Böses gethan zu haben. Wenn ein Mann (er meinte den Attorney) sich an die Jury wendet und zu ihr sagt: verurtheilt den Angeklagten, damit dem Gesetz Genüge geschehe, und ich verpflichte mich, alles zu thun was in meinen Kräften steht, um seine Begnadigung zu erlangen, zu dieser Mann, nachdem ihm die Jury gehört hat, zu dem Präsidenten geht und ihn befürt, den Verurtheilten hängen zu lassen — so sage ich, daß dieser Mensch niederträchtig und feige ist u. . .“

Er konnte nicht vollenden. Das Zeichen wurde gegeben, das Bein des Henkers klappte das Tau, welches die Planke hielt, auf welcher der Verurtheilte stand, und dieser wurde in die Gewigkeit geschleudert.

Ein kurzes Röheln und er hatte überstanden.

Die Scene war unbeschreiblich furchtbar. Als der schon halbtote Gordon das Wort ergriff, nahmen sämtliche Anwesenden die Hüte ab und senkten die Köpfe.

Ueberfahrt nach Dover und beim Abgange des Zuges nach London in Betracht gezogen, erfordert eine solche Reise fast durchwegs 100 Stunden bei einem Preise von ungefähr 65 fl. in Silber.

Mit wenig mehr Aufwand an Geld (70-75 fl. in Silber), dagegen wesentlicher Ersparung an Zeit wird London in 57-63 Stunden erreicht, indem die Route über Köln gewählt, d. i. statt per Westbahn auf der Nordbahn von Wien abger. ist wird. Keinen wesentlichen Unterschied in Zeit und Fahrpreisen macht es, ob Köln über Dresden und Berlin, ob über Leipzig und Hannover, ob über Kassel und Düsseldorf erreicht wird; ebenso bleibt es fast gleich an Zeit und Kosten, wenn von Köln aus die Richtung nach Calais (mit Umgehung von Paris) oder jene nach Ostende eingeschlagen wird. Nur muß hier bemerkt werden, daß Personen, welche eine Seefahrt überhaupt meiden, jedenfalls die kürzeste Fahrt über den Ae melkanal, nämlich jene von Calais nach Dover, somit die Eisenbahnfahrt von Köln nach Calais vorziehen mögen.

Für Personen, welche eine längere Seefahrt nicht scheuen, und mit der Zeit nicht zu geizen haben, empfiehlt sich als eine der wohlfeilsten Routen jene von Wien über Dresden und Magdeburg nach Hamburg, von da zur See nach Hull und weiter per Eisenbahn nach London. Die Fahrpreise betragen kaum 60 fl. in Silber; dagegen darf die Fahrzeit im günstigsten Falle mit 100 Stunden angenommen werden, kann sich je-

